

GAIA

3'04

Ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften  
Ecological Perspectives in Science, Humanities, and Economics



3/2004

B 54649

GAIA / ISSN 0940-5550 / GAIAEA 13(3) 161-232 (2004)

GAIA erscheint im Zeitschriftenprogramm von **ökonom verlag**  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

## Nachhaltig unnachhaltig?

■ ad GAIA 13 (2004), no. 1, p. 26–41

**Konvolut "Nachhaltigkeit kontrovers" mit einem Artikel von J. Tremmel und drei Kommentaren von K.-W. Brand, K. Ott und R.P. Sieferle**

Sind die Industrieländer nachhaltig unnachhaltig? Daß ein solcher Satz logisch unzulässig scheint, jedoch analytisch aussagend sein kann, zeugt von einigen Sackgassen im deutschsprachigen Diskurs in Sachen *sustainable development*. Wären diese Sackgassen nur lexikalisch, könnte man damit leben. Schließlich hindert uns die etablierte Bezeichnung Atom (griechisch *átomos* = unteilbar) nicht, den richtigen Sachverhalt anzuerkennen: Atome sind teilbar. Zu befürchten ist aber, daß durch die problematische Bezeichnung *Nachhaltigkeit* auch eine analytische und eine politische Unzulänglichkeit die lexikalische begleiten.

Übersetzt man *sustainable* mit *nachhaltig*, dann sollte *nachhaltig* mit *sustainable* rückübersetzt werden können. Statt dessen – sieht man von der "Sustainability-Literatur" der letzten Jahre ab – wird auf englisch *nachhaltig* eher mit *lasting*, *permanent*, *persistant*, *durable*, *sustained* oder mit *vigorous*, *forcible*, *strong*, *effective* übersetzt. Nachhaltig war früher *per se* keine zwangsläufig positive Bezeichnung; man kann auch nachhaltig arm oder nachhaltig krank sein.

Schwärmt ein deutsches Finanzblatt für "ein *nachhaltiges* Wachstum von 4%", so ist in seiner englischen Version von "a *sustained* growth of 4%" die Rede. Wollte man auf deutsch fragen "Is this *sustained* growth also *sustainable*?", so sollte der Übersetzer die nun etablierte Ambivalenz von *nachhaltig* (das heißt *sustained* und *sustainable*) auflösen, von der Konvention *sustainable* = *nachhaltig* abweichen und zu einem zweiten qualifizierenden Adjektiv greifen, etwa *aufrechterhaltbar*, *tragbar*, *tragfähig*.

Akzeptiert man jedoch die nun konventionelle Übersetzung von *sustainable* mit *nachhaltig*, so kann man den Satz "Is this *sustained* growth also *sustainable*?" auf deutsch nicht formulieren. Da er eine der wichtigsten Fragestellungen des Jahrhunderts ausdrückt, ist das sprachliche Ungenügen keine gute Voraussetzung, um treffende Antworten zu finden.

### Auch woanders *unsustainable*!

Doch leider kennen auch diejenigen reichen Länder, die über einen differenzierteren Wortschatz verfügen, nach wie vor nur eine absolute Priorität: exponentielles Wirtschaftswachstum, und zwar *sustained*, egal ob *sustainable* oder nicht.

Abgesehen von einigen Fortschritten in Teilbereichen gibt es in den reichen Ländern kaum Zeichen dafür, daß sie die seit drei Jahrzehnten als notwendig erkannten Strukturwandlungen ernsthaft unternehmen wollen. Obwohl wir nun Zeit gehabt haben, um verallgemeinerbare soziale und technische Alternativen zu entwickeln, bieten wir den nachholenden Entwicklungsländern immer noch Energie-, Produktions-, Wohn-, Mobilitäts- und Handelssysteme sowie – noch wichtiger – eine Konsum- und Wachstumsideologie, welche, wenn sie nur schon von einer Milliarde Menschen praktiziert werden, nicht lange ohne zunehmende Schäden beibehalten werden können. Werden diese Systeme und Ideologien auf acht Milliarden Menschen ausgedehnt, so sind die vermutlichen Folgen besorgniserregend.<sup>1)</sup>

Warum scheitern seit drei Dekaden die Industrieländer bei ihren historischen Aufgaben, sich selbst zu reformieren und dem Rest der Welt einen universal praktikablen Entwicklungspfad anzubieten? Dabei mag die ausführliche Analyse von Tremmel<sup>2)</sup> helfen, die Sinnhaftigkeit einiger Kontroversen zu hinterfragen.

### Zwei, drei oder doch eine Gerechtigkeit?

Aus mehreren Gründen wäre es besser, Gerechtigkeit nicht in einen inter- und einen intragenerationalen Teil zu trennen. Zunächst ist diese Aufteilung aus logisch-analytischen Gründen wenig sinnvoll. Der Generationsbegriff ist eine konventionelle Abstraktion. Er läßt vergessen, daß es so viele Generationen wie Menschen gibt und daß die Generationen in einem Kontinuum einander überlappen. So gut wie jeder Eingriff in einem bestimmten Zeitpunkt betrifft dann nicht nur die gegenwärtigen Generationen, sondern auch zukünftige Generationen, nämlich alle Menschen, die nach diesem Zeitpunkt geboren werden, solange der Eingriff auf sie einwirkt. Zahllose ökologische, ökonomische, technische, soziale und institutionelle Handlungen erstrecken ihre Wirkung über mehrere Jahrzehnte, betreffen somit sowohl die heutigen als auch mehrere künftige Generationen. Genauerweise könnte man zwischen überlappenden und nicht überlappenden Generationen unterscheiden wie auch

eine Größenordnung der Anzahl in Betracht zu ziehender Generationen präzisieren. Zusätzlich zu den logischen stellen aber besonders die ethischen Schwächen die "Inter-intra"-Diskussion in Frage. Wenn ich mich nicht um die heute unter Ungerechtigkeit leidenden Subjekte kümmere, wie kann ich dann begründen, daß man sich um die in der Zukunft leidenden Subjekte kümmern sollte? Eine andere Argumentationsschwäche ist das Schweigen über "die dritte Gerechtigkeit", die horizontale *und* vertikale Gerechtigkeit, zum Beispiel zwischen heutigen Europäern und zukünftigen Afrikanern. Denkt man an die Klimafrage, so steht hierbei genau diese intra- *und* intergenerationale Beziehung im Vordergrund. Betrachtet man vielerlei globale Gefährdungsszenarios, sind die Auswirkungen von Handlungen der heutigen Einwohner der Industrieländer auf das Leben der zukünftigen Einwohner der anderen Länder eine reale Konstellation. Wie kann man dabei die entsprechenden Verantwortlichkeiten ohne einen unteilbaren "Eine-Gerechtigkeit"-Ansatz analysieren?

An der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart wurde seit 1998 im Projekt "Relevanz von Umweltindikatoren" (1998–2001) unter der Voraussetzung der Untrennbarkeit von inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit gearbeitet. Bei der Überprüfung und Aktualisierung des ersten Indikatorensystems der TA-Akademie zur nachhaltigen Entwicklung Baden-Württembergs wurde unter anderem der Nachhaltigkeitsindikator CO<sub>2</sub>-Konzentration / Nettoanlagevermögen pro Kopf untersucht. Da der Verlauf dieser Kenngröße eindeutig fallend war (1975–1995), hatte der Statusbericht 1997 die Schlußfolgerung gezogen: »Der Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration kann also möglicherweise durch erhöhtes künstliches Kapital ausgeglichen worden sein.«<sup>3)</sup> Implizite Voraussetzung dieser Argumentationslinie scheint zu sein, daß eine überproportional durch Industrieländer verursachte Umweltveränderung (Anstieg der globalen CO<sub>2</sub>-Konzentration), deren Folgen die

<sup>1)</sup> Vergleiche J.R. McNeill: *Something new under the sun – An environmental history of the twentieth century*, Penguin, London (2000).

<sup>2)</sup> J. Tremmel: *Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie – Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure*, ökom verlag, München (2003).

<sup>3)</sup> G. Pfister, A. Knaus, O. Renn: *Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg – Statusbericht*, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart (1997), p. 24.

globale Gemeinschaft und überproportional die ärmeren Länder exponiert sind, durch einen um so größeren Anstieg des Reichtums (Nettoanlagevermögen) einer Industrieregion kompensiert werden kann. Da diese Option – den Schaden für viele durch den Vorteil für wenige zu kompensieren – eher eine der Ursachen als eine der Lösungen der globalen Probleme ist, wurden im Projekt die ethischen Voraussetzungen eines solchen Vorgangs überprüft und generell von der "Inter-intra"-Unterscheidung abgesehen. Dabei folgte man dem unmißverständlichen Ansatz des Brundtland-Reports: »Sogar der enge Begriff einer physikalischen Dauerhaftigkeit bedeutet die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die sich logischerweise auch bezieht auf die Gerechtigkeit innerhalb jeder Generation.« (WCED 1987).<sup>4a)</sup> Dieser "Eine-Gerechtigkeit"-Ansatz wurde im Projekt in fast allen analysierten 61 Systemen von Umwelt- oder Nachhaltigkeitsindikatoren festgestellt.<sup>4b)</sup> Zur Bewertung der Umweltindikatoren ging man von den normativen Fundamenten und den Handlungsregeln des integrativen Konzepts nachhaltiger Entwicklung der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) aus.<sup>5)</sup>

1998 schien mir erstaunlich, daß nach dreißig Jahren Debatte über die globalen sozialen und Umweltfragen bei manchen Autoren der Industrieländer die Untrennbarkeit der intra- und der intergenerationalen Gerechtigkeit nicht als universal längst etabliertes analytisches, ethisches und politisches Prinzip

<sup>4)</sup> M. Morosini, K. Ballschmiter et al.: *Umweltindikatoren*, Pilotstudie in drei Bänden, Akademie für Technikfolgenabschätzung, Stuttgart (2001–2002), ISBN 3-934629-37-7, Bd. 1: *Umweltindikatoren – Grundlagen, Methodik, Relevanz*; Bd. 2: *Umweltindikatoren – Gegenüberstellung, Bewertung und Auswahl*; Bd. 3: *Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte – 61 Profile*; vergleiche insbesondere a) Bd. 1, p. 110, 108 und 107; b) Bd. 3.

<http://www.ta-akademie.de/> (bis 2004) (Publikationen, Erweiterte Suche, Morosini) oder <http://www.ecorisk.ethz.ch/Morosini.html>.

<sup>5)</sup> J. Jörissen, V. Kopfmüller, V. Brandl, M. Paetau: *Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung*, Forschungszentrum Karlsruhe, Wissenschaftliche Berichte FZKA 6393, Karlsruhe (1999); <http://www.itas.fzk.de/Zukunftsaehigkeit/Vorstudie.htm>.

<sup>6)</sup> T. Haavelmo, S. Hansen: "On the strategy of trying to reduce economic inequality by expanding the scale of human activity", in R. Goodland, H. Daly, S. El Serafy, B. von Droste (Ed.): *Environmental Sustainable Economic Development: Building on Brundtland*, UNESCO, Paris (1991), p. 41–49.

gelten sollte, sondern als eine noch zur Diskussion stehende Arbeitshypothese – als ob die Brundtland-Kommission und die UN-Gipfelkonferenz in Rio de Janeiro nicht historisch und völkerrechtlich relevante Meilensteine gewesen wären, sondern unverbindliche Expertentreffen. Anders und viel entschiedener gehen mit dieser Frage die großen Umweltinstitutionen um. Der Wahlspruch der World Conservation Union IUCN lautet: »*A just world that values and conserves nature*«. Das Programm UNEP hat seine zwanzigjährige Erfahrung und seine Umweltbilanz des Jahrhunderts auf dem Umschlag des Berichts *Global Environment Outlook 2000* so zusammengefaßt: »*The continued poverty of the majority of the planet's inhabitants and excessive consumption by the minority are the two major causes of environmental degradation. The present course is unsustainable and postponing action is no longer an option.*«<sup>4a)</sup> Warum weisen die beiden maßgeblichen Institutionen – die vom Mandat her nicht mit sozialen, sondern mit Umweltfragen befaßt sind – so eindeutig auf eine soziale Schieflage und auf Gerechtigkeitsziele hin?

Würde man von den ethischen Gründen auch ganz absehen, reichen kognitiv-analytische und realpolitische Gründe dafür, diesen Ansatz zu begründen. In der unwiederholbaren Einzigartigkeit des 20. Jahrhunderts sind nicht nur die Energie- und Stoffströme pro Kopf für Hunderte von Millionen Erdbewohner im historischen Vergleich geradezu explodiert.<sup>1)</sup> Explodiert in bisher unbekanntem Maß ist auch die Kluft der Pro-Kopf-Verbräuche zwischen einer massengewordenen Konsumelite (hauptsächlich in den reichen, aber auch in den anderen Ländern) und dem Rest der Menschheit. Trygve Haavelmo, ein für seine statistisch-mathematischen und ökonomischen Beiträge mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Ökonom, hat die Strategie analysiert und kritisiert, welche die ökonomische Ungleichheit durch eine Expansion des Ausmaßes der menschlichen Tätigkeiten zu reduzieren sucht.<sup>6)</sup> Das nicht oder nicht genug Berücksichtigten der ursächlichen Zusammenhänge zwischen Ungleichverteilung und vielen Umweltproblemen kommt einfach einem Verzicht auf analytische Schärfe gleich.

Auch auf einer realpolitischen Ebene scheinen eine Definition und eine Strategie der Nachhaltigkeit, welche die soziale, intragenerationale Gerechtigkeit ausklammern, wenig aussichtsreich. Welche Chance können sie dann haben,

als partnerschaftlicher Rahmen zu gelten für neue Beziehungen zwischen Völkern, von denen einige durch militärische, technologische und ökonomische Vorherrschaft den anderen jahrhundertlang Unrecht auferlegt haben und oft noch auferlegen?

Ist wirklich der Stellenwert der analytischen und politischen Kategorie *intragenerationale Gerechtigkeit* in Deutschland erst in den letzten Jahren und international erst nach 1987 (Brundtland-Report) relevant geworden, wie Tremmel anmerkt? Der Brundtland-Report war sicherlich ein Wendepunkt in der Popularisierung des Begriffs *sustainable development* und der zugrundeliegenden analytischen und politischen Ansätze. Schon in den 1970er Jahren war jedoch der Kern dieser Prinzipien durch maßgebende Institutionen formuliert worden. In Dokumenten wie der Cocoyak-Erklärung von UNEP und UNCTAD (1974/75), dem Hammaröskjöld-Report (1975) oder der World Conservation Strategy von IUCN/UNEP/WWF (1980) »wurde ein engeres, umwelt- und generationenzentriertes Verständnis der Nachhaltigkeit erweitert und mit der Entwicklungsproblematik gekoppelt.«<sup>4a)</sup> Dabei galten sowohl die Darstellung von "Unterentwicklung und Überentwicklung" als die zwei Seiten der Medaille wie auch das "Plädoyer für eine andersartige Entwicklung" als frühere, relativ ungeschminkte Formulierungen dessen, was später im Brundtland-Report und im Kapitel 4 der Agenda 21 ("Veränderung der Konsumgewohnheiten") wahrgenommen wurde. Fast drei Dekaden später, nachdem UNEP wiederholt den "übertriebenen Konsum (*excessive consumption*) einer Minderheit der Erdbewohner" als "eine der zwei Hauptursachen der Umweltverschlechterung" bezeichnet hat, geben die meisten Industrieländer für ihre kommerzielle Werbung mehr aus als für ihre Bildungssysteme und verzeichnen exponentielle Wachstumsraten der Werbekosten, die in der Regel höher sind als die exponentielle Wachstumsrate der Wirtschaft. In denselben Ländern quälen sich fast unisono Ökonomen, Politiker und Medien mit einer brennenden Sorge: Wie können wir die Binnennachfrage stimulieren und den Konsum ankurbeln, damit wir endlich mehr und länger arbeiten können? Hätte jemand diese Frage in irgendeiner früheren Zivilisation gestellt, wäre er wohl für geistesgestört gehalten worden.

Marco Morosini

Ecological Risk Prevention, ETH Zürich  
E-Mail: marco.morosini@env.ethz.ch